

Zürich, 14. Februar 2024

Stellungnahme zur Volksinitiative „Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)“

Der Vorstand der Schweizerischen Aktuarvereinigung (SAV) hat die Volksinitiative „Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)“ gründlich analysiert und beschlossen, die Initiative zu unterstützen. Die Initiative bietet eine geeignete Antwort auf den demographischen Wandel und die damit einhergehenden Herausforderungen für die Altersvorsorge. Sie trägt wesentlich zur finanziellen Nachhaltigkeit und Stabilität der Schweizer Altersvorsorge bei, insbesondere der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV).

Steigende Lebenserwartung und demographischer Wandel

Die Lebenserwartung bei Pensionierung hat sich seit der Einführung der AHV um mehr als 60% erhöht, während das Rentenalter für Männer unverändert bei 65 geblieben ist, für Frauen zwischenzeitlich sogar reduziert wurde und ab 2028 wieder gleich hoch sein wird wie bei Einführung der AHV. Dies ist gleichbedeutend mit einem grossen Ausbau der AHV-Leistungen seit der Einführung. Gleichzeitig verschlechtert sich das Verhältnis zwischen Leistungsbeziehenden und Beitragszahlenden aufgrund des demographischen Wandels und der anstehenden Pensionierungen der Babyboomer-Generation laufend. Seit 1948 hat sich das Verhältnis von einzahlenden Personen zu Personen, die eine AHV beziehen, von 6.4 auf 3.2 halbiert. Diese Faktoren setzen die Finanzierung der AHV einem zunehmenden Stress aus. Die langfristigen Finanzperspektiven der AHV zeigen, dass die AHV trotz STAF- und AHV21-Reform in der Erwartung bereits 2030 wieder ein negatives Umlageergebnis aufweisen wird und der AHV-Fonds ab 2033 unter eine Jahresausgabe fällt.

Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung

Die Renteninitiative sieht vor, das Rentenalter, nach einer initialen Erhöhung auf 66, direkt an die Lebenserwartung im Alter 65 zu koppeln. Dabei wird die erwartete Rentendauer im Gegensatz zu den Modellen in anderen Ländern nicht fixiert. Die zusätzliche Lebenserwartung wird vielmehr nur zu 80% auf ein höheres Rentenalter umgelegt. Die erwartete Rentendauer wird daher mit einer steigenden Lebenserwartung auch weiterhin zunehmen. Der vorgesehene Mechanismus ist damit ein faires, wirksames und nachhaltiges Mittel, um mit der steigenden Lebenserwartung umzugehen, die Finanzierung durch eine längere Beitragsdauer zu entlasten und die AHV in der Konsequenz langfristig zu stabilisieren.

Internationaler Vergleich

Der Blick auf andere europäische Länder, die ähnliche Herausforderungen im Rentensystem haben, zeigt, dass sich der internationale Trend in Richtung Erhöhung des Rentenalters in Verbindung mit einer Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung bewegt. Unter anderem haben Dänemark und die Niederlande, beide mit einem vergleichbaren Altersvorsorgesystem, einen automatischer Anpassungsmechanismus im Rentensystem integriert.

Flexibilität bleibt erhalten

Die Umsetzung der Initiative bleibt in verschiedenen technischen Fragen noch offen. Der Initiativtext sieht aber grundsätzlich keine anderen konkreten Massnahmen als die automatische Erhöhung des Rentenalters, gekoppelt an die Veränderung der Lebenserwartung, vor. Damit adressiert die Initiative mit der Lebenserwartung ausschliesslich ein Element, welches politisch nicht beeinflusst werden kann. Ein Automatismus ist deshalb vertretbar. In Bezug auf den Ausbaugrad der Altersvorsorge und das Verhältnis der Säulen untereinander bleibt der Handlungsspielraum des Gesetzgebers vollumfänglich erhalten.

Da das Parlament keinen Gegenvorschlag zur Renteninitiative beschlossen hat, empfehlen wir eine Zustimmung zur Initiative. Je länger angesichts des langfristigen Trends mit der Anpassung und Automatisierung des Rentenalters gewartet wird, desto stärker verliert das System an Nachhaltigkeit und umso drastischere Schritte werden in Zukunft notwendig. Die automatische Anpassung des Rentenalters ermöglicht eine langfristige Sicherung von Renten, die den Bedürfnissen der Rentner in einer sich kontinuierlich wandelnden Gesellschaft gerecht werden, ohne die Belastung der Beitragszahlenden übermässig zu erhöhen.